



DSTG *informiert*

DAS STEUER-

Jahrgang 2011

Nr. 4

UND GROLLBLATT



Quo vadis, Kö-Ämter?



Leben heißt Veränderung – wir begleiten Sie.

Absicherung und Vorsorge
rechtzeitig checken lassen!

**Jetzt Termin
vereinbaren!**

Das Leben bringt viele Veränderungen mit sich,
z. B. der Start ins Berufsleben oder die Gründung
einer Familie.

Denken Sie in solchen Situationen daran, Ihre
Absicherung und Vorsorge anpassen zu lassen?
Wissen Sie, was zu tun ist?

**Nutzen Sie unser unverbindliches Beratungs-
angebot. Vereinbaren Sie jetzt einen Termin.**

GESCHÄFTSSTELLE Berlin

Telefon 030 21302-411
Telefax 030 21302-282
Marburger Straße 10
10789 Berlin

Öffnungszeiten:

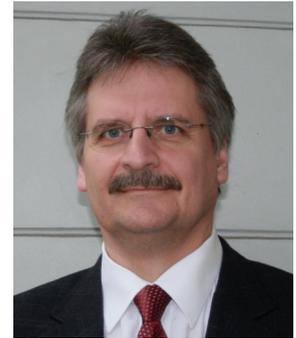
Mo.–Do. 8.00–18.00 Uhr
Fr. 8.00–16.00 Uhr



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die meisten physischen Finanzämter arbeiten derzeit an einer vorgabengetreuen Umsetzung der neuen Organisationsstruktur „FA 2010“. Schon jetzt ist aber erkennbar, dass diese neue Arbeitsform bei vielen Beschäftigten - neben der Fallzahlsteigerung und der zunehmenden Komplexität der Steuergesetze - einen nicht zu unterschätzenden Stressfaktor darstellt. Neue Arbeitsabläufe müssen erlernt und neues Fachwissen muss sich angeeignet werden. Zeitgleich muss eigenes Fachwissen und die Kenntnisse über Arbeitsabläufe im eigenen Bereich weitergegeben werden. Beides leisten zu wollen, verdient höchste Anerkennung, die die Beschäftigten von der Oberbehörde jedoch nicht erhalten. Ganz im Gegenteil: diese Leistung ignorierend, werden die Vorgaben im Rahmen der Zielvereinbarungen für die Finanzämter oftmals gar noch erhöht. Nicht alles was die Oberbehörde so an Unsinn anstellt ist mit den Worten entschuldigbar: „Herr, vergib Ihnen, denn Sie wissen nicht, was Sie tun!“



Detlef Dames

Von der Oberbehörde kann verlangt werden, dass sie auf Gewerkschaften und Personalräte hört, dass sie erkennt, dass die Ursache für die seit einiger Zeit ständig steigende Krankenquote mit der neuen Organisationsstruktur in engem Zusammenhang steht. BEM-Gespräche machen keinen Sinn, wenn die Ursachen zwar erkannt, wegen der hartnäckigen Verweigerungshaltung der Senatsverwaltung für Finanzen, aber keine Veränderung erfahren. Selbst die Bereitschaft sich mit der Eventualität eines möglichen Zusammenhangs zwischen Krankenquote und Organisationsstruktur auseinander zusetzen, lässt die Oberbehörde vermissen. So wurde schon im letzten Jahr eine kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus lapidar mit dem Satz beantwortet: „Ein Zusammenhang zwischen Krankenquote und Organisationsform ist nicht erkennbar!“

Unternehmen in der Wirtschaft – mit denen man sich ja so gerne vergleichen möchte – würden eine Arbeitsgruppe oder einen Ausschuss mit der Untersuchung dieses Phänomens beauftragen. In der Finanzverwaltung undenkbar. Gegebenenfalls könnten diese Untersuchungen ja zu dem unerwünschten Ergebnis führen, dass ein Zusammenhang besteht und damit die Senatsverwaltung für Finanzen mit der Einführung dieser Organisationsform eine Fehlentscheidung getroffen hat. Verhinderbar wäre so etwas, wenn Pilotprojekte tatsächlich ergebnisoffen betrieben worden wären und nicht nur zum Schein. Nicht jede Neuerung, die die Senatsverwaltung für Finanzen einführen möchte, ist in der Praxis umsetzbar und nicht jede Organisationsveränderung ist besser als die bereits bestehende Organisationsform. Auch eine ergebnisoffene Evaluierung wird in vielen Fällen nicht betrieben, um so wenigstens im Nachhinein auch noch eine Veränderung oder gar Aufhebung der evaluierten Maßnahme zu erreichen. So sollte jede Arbeitsgruppe hellhörig werden, wenn ihr bei Arbeitsaufnahme durch die Senatsverwaltung für Finanzen Ergebnisoffenheit versprochen wird. Eine Arbeitsgruppe ergebnisoffen mit der Prüfung zu betrauen, ob und inwieweit die Einführung der Organisationsstruktur „FA 2010“ in den Finanzämtern für Körperschaften sinnvoll und machbar erscheint, ist ohne vorherige Evaluierung in den physischen Finanzämtern eine Farce.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wird weiterhin dafür eintreten, dass die für die Beschäftigten sinnvollste Organisationsstruktur in den Finanzämtern betrieben wird und ... die heißt nicht „FA 2010“.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr

1) Bei entsprechender Bonität
2) Kondition freibleibend
3) Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteinzug)

Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen
Ihrer Nettobezüge
7,99 % p. a.²⁾

0,
—
Euro

Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit unserer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank unserer langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir auch heute bevorzugter Partner von Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,— Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung und BankCard
- Regelmäßiger und kostenfreier Ratgeber „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“
- Regelmäßiger E-Mail-Newsletter
- Bequemer Kontowechsel für Ihr bisheriges Konto
- Kostenfreie Bargeldversorgung an allen Geldautomaten der BBBank sowie an über 2.500 Geldautomaten unserer CashPool-Partner
- Kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten an über 18.000 Geldautomaten des genossenschaftlichen BankCard ServiceNetzes.

+ Abruf-Dispokredit^{1) 3)}

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge, Mindestrahmen 5.000,— Euro

+ 0,— Euro Depot³⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

Jetzt informieren:

Maike Hanke, Kundenberaterin Öffentlicher Dienst
Mobil 01 72/6 79 74 73, E-Mail maike.hanke@bbbank.de
www.bezuegekonto.de

+ 30,— Euro Startguthaben über das



günstig • fair • nah



Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Köln, München, Stuttgart
Im Vergleich: 32 Banken
Ausgabe 8/2009
In Zusammenarbeit mit

biallo.de

BB
Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

TARIFVERHANDLUNGEN ZUR ZUSATZVERSORGUNG

Am 10. Mai 2011 wurden die Tarifverhandlungen zum Thema Zusatzversorgung mit dem Bund, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) im Bundesministerium der Finanzen in Berlin fortgesetzt. Zentraler Gegenstand der Verhandlungen ist es, die Vorgaben des Bundesgerichtshofs (BGH) bezüglich der Berechnung der so genannten Startgutschriften für die Beschäftigten rechtssicher umzusetzen. Bei den Startgutschriften handelt es sich um die Anwartschaften, die den Beschäftigten im Rahmen der Umstellung des Systems der Zusatzversorgung vom Gesamtversorgungs- auf das Punktemodell zum 31. Dezember 2001 gutgeschrieben wurden. Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich nun über mögliche neue Berechnungsgrundlagen für die Startgutschriften rentenferner Jahrgänge ausgetauscht und auf einen Zeitplan für weitere Verhandlungen verständigt.

In einem Urteil vom November 2007 hatte der BGH die Berechnung der Startgutschriften für rentenferne Jahrgänge – also für die Beschäftigten, die zum Umstellungsstichtag am 31. Dezember 2001 noch nicht das 55. Lebensjahr vollendet hatten – für nicht verfassungsgemäß erklärt und den Tarifpartnern aufgegeben, eine Neuregelung zu finden. Das Gericht beanstandete, dass Versicherte mit längeren Ausbildungszeiten die volle Anwartschaft nicht erreichen können. Dadurch werden aus Sicht des BGH die Beschäftigten, die später in den Öffentlichen Dienst eingetreten sind, unangemessen benachteiligt. Die Tarifvertragsparteien haben sich nun auf ein Berechnungsmodell geeinigt, das aus Sicht der Gewerkschaften und der Arbeitgeber geeignet ist, die beanstandeten Ungerechtigkeiten des bestehenden Systems zu beseitigen.

Grundlage der neuen Berechnungsmethode soll ein Vergleich zwischen der derzeitigen Berechnung der Startgutschrift nach § 18 Betriebsrentengesetz (BetrAVG) und der Berechnung der unverfallbaren Anwartschaften nach § 2 BetrAVG sein. Eine maximal mögliche Abweichung des erreichten Prozentsatzes der Voll-Leistung nach § 18 BetrAVG von den unverfallbaren Anwartschaften soll vereinbart werden, um den Prozentsatz gegebenenfalls aufzustocken und so eine Schlechterstellung bestimmter Beschäftigtengruppen zu verhindern. Hierzu haben die Arbeitgeber bislang noch keine Aussage getroffen. Die Frage der finanziellen Ausgestaltung ist für die Bewertung des Modells aber von essentieller Bedeutung. „Durch diese Methode können die spezifischen Voraussetzungen der einzelnen Berufskarrieren berücksichtigt und Ungerechtigkeiten gezielt beseitigt werden, wenn die finanzielle Ausgestaltung ausreichend ist“, erläuterte Siglinde Hasse, Verhandlungsführerin und Stellvertretende Vorsitzende der dbb tarifunion.

Die Tarifpartner haben im Vorfeld der Verhandlungen umfangreiche Berechnungen durchgeführt und die möglichen Folgen der Änderung der Berechnungsgrundlagen bewertet. Für die Gewerkschaften ist klar, dass die neuen Regelungen den gerichtlichen Vorgaben standhalten müssen. Klar ist auch, dass die Veränderungen im Übergangsrecht des Punktemodells keine finanziellen Belastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit sich bringen dürfen.

Gewerkschaften und Arbeitgeberseite haben sich darauf verständigt, die Tarifverhandlungen nun zeitnah fortzusetzen. Ein weiterer Verhandlungstermin wurde bereits für den 30. Mai 2011 (nach Redaktionsschluss) vereinbart. Dann sollten die notwendigen Änderungen im Übergangsrecht unter Dach und Fach gebracht werden, damit so schnell wie möglich Rechtssicherheit für die Beschäftigten hergestellt ist. Die Gewerkschaften verlangen, in der nächsten Verhandlungsrunde die für die Herstellung der Rechtssicherheit erforderlichen Änderungen der Tarifverträge herbeizuführen; dies auch im Hinblick auf die durch die Rechtsprechung entschiedenen Themen Mutterschutzzeiten und Lebenspartnerschaften.

VOLLER EINSATZ FÜR JEDE ROLLE - FRAUEN UND MÄNNER IM EHRENAMT

Am 21. März 2011 fand unter dem obigen Motto die mittlerweile 8. Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung statt. Bei der Eröffnung und Begrüßung stellte deren Vorsitzende Helene Wildfeuer fest, dass das Ehrenamt der „Schmierstoff“ der Gesellschaft ist. Es sei Ausdruck gelebter Demokratie und könne das unbezahlbare Gefühl der Dankbarkeit vermitteln. Jede dritte Person im Alter über 14 Jahre engagiere sich in Deutschland ehrenamtlich.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Kristina Schöder wies in ihrem Grußwort darauf hin, dass das Bundesfrauenministerium in diesem Jahr seinen 25. Geburtstag feiert. Sie stellte dar, dass aus ihrer Sicht die Frauen zwischen dem 20. und 34. Lebensjahr eine Rush-hour des Lebens durchlaufen, in der sie Teilzeit im Beruf, Kinder und Freizeit verstärkt erleben und erfahren, während die Männer in dieser Phase locker 2 bis 3 Karrieresprünge absolvieren könnten. Gründe für die Unterrepräsentanz der Frauen in den Führungspositionen sieht sie in der verkrusteten Struktur, in dem veralteten Rollenmuster (spätestens mit dem 1. Kind) und in der Arbeitswelt mit einer Präsenzstruktur, die nach wie vor familienfeindliche Arbeitszeiten von bis zu 50 Stunden in der Woche voraussetze. Dies muss sich ändern. Deshalb ist sie für einen Stufenplan mit gesetzlichen Vorgaben.

Peter Heesen - Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion - betonte, dass das Ehrenamt eine unentgeltliche Leistung ist. Das Ehrenamt sei der Kitt der Gesellschaft. Das werde gerade mit Blick auf Japan dieser Tage deutlich. Wir sollten nicht nur in großer Not zusammenstehen. Unser Anliegen müsse es sein, mehr Menschen in Ehrenämter zu bekommen und nicht, dass die Gleichen noch mehr Ehrenämter übernehmen. Eintreten für Andere sei die wesentliche Aufgabe der Gesellschaft. Ohne Ehrenämter gehe die Gesellschaft verloren.

Dr. Thomas Gensicke von TNS Infratest Sozialforschung München hielt einen Vortrag über „Frauen und freiwilliges Engagement - Wirklichkeit und Zukunftsperspektiven“. Eine Umfrage mit 20.000 Befragten in 2009 ergab, dass Frauen mit 2 Kindern extrem hohe Beteiligungen im Ehrenamt haben, die aber zeitlich begrenzt sind - wegen der mangelnden Freizeit. Es wurde erfragt, in welchem Ausmaß sich die Bevölkerung ehrenamtlich beteilige. Hierbei wurde festgestellt, dass meist durch das Nadelöhr der persönlichen Ansprache und der persönlichen Bindung der erste Kontakt erfolge. 71 % der deutschen Bevölkerung war in 2009 ehrenamtlich tätig. 36 % der Deutschen haben ein Amt inne. Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeiten sind insbesondere freie Zeit und das Verbleiben einer längeren Zeit an einem Wohnort/Arbeitsplatz (ca. 10 Jahre). Unterschiede gibt es je nach Berufsstatus (Angestellte, Arbeiter, Beamte oder Selbständige) und nach Art der Ausbildung (ob hierarchisch oder qualitativ, ob Haupt- oder Realschüler, betriebliche Lehre, Beruf, Fachschule, Gymnasium oder Student). Auffallend ist auch, dass zwar 51% der Studenten, aber nur 30 % der Studentinnen ein Ehrenamt haben. Die Themen und Felder des Engagements sind sehr vielfältig, wie auch die Gründe für ein solches:

- * Mitgestaltung der Gesellschaft im Kleinen,
- * Erwerb von Qualifikationen,
- * Verbesserung der beruflichen Fortkommensmöglichkeiten,
- * Ansehen und Einfluss im Lebensumfeld oder
- * einfach nur das Zusammenkommen mit anderen Menschen.

Dr. Sabine Blaschke - Assistenzprofessorin an der Uni Wien - hielt einen Vortrag zum Thema „Frauen im gewerkschaftlichen Ehrenamt - eine Bestandsaufnahme und Perspektiven“. Die Gründe für die Unterrepräsentanz der Frauen sieht Dr. Blaschke

- * in dem Problem von Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Ehrenamt,
- * der Alterslücke in der Familienphase,

- * der Scheu vor Verantwortung, verbunden mit dem Zweifel an der Fähigkeit und dem sorgfältigen Abwägen vor der Entscheidung,
- * dem primären Interesse an der Arbeit,
- * dem Widerstand der Männer und
- * generell geringerer Ambitionen der Frauen am Aufstieg.

Wesentliche Maßnahmen für eine positive Entwicklung könnten daher sein:

- * gezielte persönliche Ansprache,
- * spezielle Mentoring-Programme für Frauen,
- * Interventionen bei Entscheidungsträgern,
- * Frauenförderplan und Quotenregelungen,
- * Änderungen in den Organisationsstrukturen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion mit dem Thema „Ehrenamt – die Kraft im Hintergrund“ wurde auch klar gefordert, die Politik nicht aus der Verantwortung zu entlassen. Es könne nicht sein, dass allein aus Spargründen alles Mögliche (und Unmögliches) in Ehrenämter ausgelagert werde!

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin
Motzstr. 32, 10777 Berlin, Tel.: 030 - 21473040, Fax: 030 - 21473041
www.dstg-berlin.de, e-mail: info@dstg-berlin.de

V.i.S.d.P.: Detlef Dames, Landesvorsitzender

Redaktion: Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Henrik Vathke

Fotos: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke, Landesgeschäftsstelle

Druck: saxoprint GmbH, Digital- und Offsetdruckerei, Enderstr. 94, 01277 Dresden www.meindruckportal.de

Auflage: 7.500 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Erscheinungsweise: 10 x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars.
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserin / des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.



„psd...weilersagen!“

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG



Die PSD Bank ist eine beratende Direktbank für Privatkunden in Berlin und Brandenburg. Vor mehr als 135 Jahren gegründet, hat sie heute über 83.000 zufriedene Kunden.

Beste Konditionen – und fair

Unsere Mitglieder und Kunden fördern wir mit bestmöglichen Konditionen, individuellem Service und persönlicher Beratung. Und: Unsere guten Konditionen gelten für alle! Wo andere mit Lockangeboten versuchen, „frisches“ Geld ins Haus zu holen, bieten wir allen unseren Kunden gleich gute Bedingungen.

Unsere guten Leistungen sind dauerhaft: So wurde unser

PSD GiroDirekt – das Gehaltskonto, das mitverdient.

Zinsen ab dem ersten Cent, kostenlose Kontoführung mit ec-Karte und Kreditkarte. An über 18.600 Geldautomaten kostenlose Bargeldverfügungen. Und dazu der äußerst günstige PSD DispoKredit.

PSD GiroDirekt 2010 im 6. Jahr in Folge einer der Testsieger der Stiftung



Warentest. Auch unsere Angebote für Geldanlagen und Kredite finden Sie in Produktvergleichen oft an der Spitze.

Wir beraten persönlich

Wir sind für Sie per Telefon erreichbar – an sieben Tagen in der Woche. Auch online, per Fax oder Post und in unserem Beratungszentrum stehen wir Ihnen zur Verfügung. Auf Wunsch besuchen Sie unsere Finanzberater auch gern zu Haus. Mit 14 weiteren selbstständigen PSD Banken gehören wir dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) an und sind Mitglied im Einlagensicherungsfonds des BVR.

Weitere Informationen und tagesaktuelle Konditionen erhalten Sie unter www.psd-berlin-brandenburg.de

Oder rufen Sie uns an, wir beraten Sie gern:
Telefon (030) 850 82-550

PSD Bank Berlin-Brandenburg eG
Handjerystraße 34-36
12159 Berlin (Friedenau)

M48, M85, 186, 246
U9 Friedrich-Wilhelm-Platz
S1 Friedenau

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



DSTG-JUGEND TAGTE IN DRESDEN

In der Zeit vom 1. bis 3. April 2011 trafen sich Vertreter/innen aus allen Bundesländern mit der Bundesjugendleitung zu ihrer diesjährigen Frühjahrs-Tagung in der sächsischen Landeshauptstadt. Bei schönem Aprilwetter und einem wunderbaren Blick über „Elbflorenz“ eröffnete der Bundesjugendvorsitzende Torsten Schlick die Sitzung, an der für die DSTG-Jugend Berlin deren Vorsitzender Oliver Thiess sowie seine Stellvertreter Christoph Opitz und Martin Kusber teilnahmen.



Traditionell steht ein Gesprächspartner aus der Verwaltung des gastgebenden Landes allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Bundesjugendausschusses Rede und Antwort. Für das sächsische Landesamt für Steuern und Finanzen (LSF) nahm dessen Präsident Thomas Popp diese Aufgabe wahr. Neben - für den Freistaat Sachsen - sehr unerfreulichen Themen, wie beispielsweise Zusammenlegung und Schließung von Finanzämtern und deren Folgewirkung auf die Beschäftigten, konnte er auch erfreuliche Punkte mitteilen. Hierzu zählt u. a. im Vergleich zu Berlin die sehr positive Übernahme-situation für die Anwärter/innen. Die sächsische Finanzbehörde bestimmt eine Abschlussnote, die für die Übernahme in das Beamtenverhältnis genügt. Im Mittel der letzten Jahre handelt es sich um eine Abschlussnote von 7,5 Punkten. Zieht man hiervon einen ganzen Notenpunkt ab, sichert dies zumindest ein auf ein Jahr befristetes Angestelltenverhältnis mit Aussicht auf Übernahme in das

Beamtenverhältnis auf Probe. Dies weicht gravierend von der Berliner Übernahmepraxis ab, da hier leider viele Anwärter an der psychologisch wichtigen 8-Punkte-Grenze scheitern. Auch das Land Berlin sollte sich endlich von dem Dogma lösen und Anwärter/innen mit der Laufbahnnote „ausreichend“ übernehmen.

Zahlreiche Bundesländer, unter ihnen Bayern, Hamburg und Sachsen, gehen nicht nur in der Besoldungshöhe und im Dienstrecht voran, nein sie stellen sogar noch attraktive Arbeitsplätze zur Verfügung; auch für diverse ehemalige Berliner Anwärter/innen, die in den o. g. Bundesländern eine neue Heimat und Arbeitsstelle gefunden haben.

Mit großer Spannung wurden die ersten Berichte der Bundesländer verfolgt, die an Ihren Einrichtungen Bundesfinanzanwärter/innen für das Bundeszentralamt für Steuern ausbilden. Ein abschließendes Fazit war noch nicht möglich, da die Erfahrungen eher durchwachsen sind. Wir hoffen, dass sich dies noch zum Positiven ändern wird!

Ein gern gesehener Gast war der stellvertretende Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler. Er bedankte sich für die gute Jugendarbeit der DSTG, mahnte aber gleichwohl, dass man nicht locker lassen dürfe bei den Themen der Einstellung und Übernahme. Die Gefahr der Vergreisung drohe. Deshalb müsse das Bemühen der Verwaltungen um die besten Köpfe vertieft werden. Nur so könne der öffentliche Dienst weiterhin leistungsfähig bleiben und im Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft mithalten.

Ein weiterer wichtiger Punkt des Bundesjugendausschusses war die Nachwahl von Karin Woll (Bezirksverband Düsseldorf) in die Bundesjugendleitung sowie die personelle Aufstockung des Arbeitskreises Ausbildung. Dieser wird nun u. a. von unserem stellvertretenden Landesjugendvorsitzenden Christoph Opitz verstärkt.

Wir wünschen allen Neugewählten viel Erfolg und Spaß bei Ihren neuen Ämtern und Aufgaben.